Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 48 (1969)
Heft: 9

Artikel: Sozialdemokraten und Kommunisten
Autor: Brügel, J.W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338132

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Es gilt, heute dieses Prinzip der Solidarität weltweit anzuwenden. Grosse Teile der Welt sind in Not. Aus eigener Kraft können sie sich nicht helfen. Als Mitmenschen haben sie einen Anspruch auf unsere Hilfe. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass von uns ein ganz anderer Einsatz an finanziellen, handelspolitischen, technischen und personellen Mitteln nötig ist. Ich bitte Sie, im Sinne dieser weltweiten Solidarität meiner Motion zuzustimmen.

J. W. Brügel (London)

Sozialdemokraten und Kommunisten

Ein richtungweisender Beschluss der Sozialistischen Internationale

Was immer die Ursachen sein mögen, die Sozialistische Internationale hat immer eine schlechte Presse, das heisst über die Verhandlungen ihrer Kongresse und Konferenzen wird in der Presse, auch in der sozialistischen, verhältnismässig wenig berichtet. Das hat sich auch wieder bei dem Kongress gezeigt, den sie vom 16. bis 20. Juni 1969 im englischen *Eastbourne* abgehalten hat. Fast nur die aussenpolitischen Reden der «grossen Kanonen» wurden in der Presse festgehalten, alle übrigen Debatten fielen unter den Tisch. Vielleicht weil das Problem erst am letzten Kongresstag zur Sprache kam, blieb Debatte und Beschlussfassung über das Thema des Verhältnisses von Sozialdemokratie und Kommunismus unerwähnt. Es sei daher versucht, dieses Versäumnis hier nachzuholen.

Seit die Sozialistische Internationale zuletzt ihren Standpunkt zum Kommunismus definiert hatte — es geschah dies in einem Beschluss des Büros vom April 1956, der besagte, dass die Sozialdemokratie mit dem Kommunismus «nichts gemein» habe —, hat sich im kommunistischen Lager vieles ereignet und vieles verändert. Es ist nicht notwendig, das alles im Detail aufzuzählen, und es genüge der Hinweis auf die Abkehr von Stalin, auf den Konflikt zwischen Moskau und Peking, auf die niedergeschlagene ungarische Revolution, auf die Auflehnung einiger wichtiger kommunistischer Parteien gegen das Diktat von Moskau und — nicht zuletzt — auf den «Prager Frühling» von 1968 und dessen grausame Beendigung durch eine bewaffnete Intervention von fünf kommunistisch regierten Staaten. Hat der demokratische Sozialismus Anlass, unter dem Eindruck dieser Veränderungen seinen grundsätzlichen Standpunkt zu revidieren?

In der Zwischenzeit sind drei Mitgliedparteien der Sozialistischen Internationale von der Linie der rückhaltlosen Ablehnung jeder Zusammenarbeit abgewichen. Nur im Falle der Sozialistischen Partei *Japans* kann man annehmen, dass hier eine nicht durch äussere Umstände erzwungene

Überzeugung von der Nützlichkeit von Verbindungen nach der «anderen Seite» vorliegt. Die Sozialistische Partei Japans hat mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und auch mit anderen kommunistischen Parteien Abordnungen ausgetauscht und dabei Erklärungen abgegeben, die von den anderen sozialdemokratischen Parteien mit einem gewissen Staunen aufgenommen wurden. Im Lande selbst hat das zu einer Spaltung und zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei Japans geführt, die gleichfalls der Internationale angeschlossen ist, aber sich von Kontakten mit den Kommunisten nichts verspricht.

Ein anderer Fall ist *Finnland*, der unmittelbare Nachbar der Sowjetunion, der glaubt, Konzessionen an Moskau machen zu müssen, um in Ruhe gelassen zu werden. In der von Sozialdemokraten geführten Regierung Finnlands sind die Kommunisten vertreten. Aber es gibt auch Kontakte zwischen den finnischen Sozialdemokraten und den sowjetischen Kommunisten. Jene bürgerlichen Kreise in Mitteleuropa, die gerne, wenn auch wahrheitswidrig, den Sozialdemokraten eine Schwäche für die Kommunisten nachsagen, können freilich aus diesem Umstand kein Material beziehen, denn es bestehen weit lebhaftere Kontakte zwischen den finnischen bürgerlichen Parteien und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Es wird allgemein anerkannt, dass sich die Finnen in einer Zwangslage befinden, in der ihnen Aussenstehende kaum gute Ratschläge geben können. Im übrigen ist in der letzten Zeit in der Sozialdemokratischen Partei der Flügel erstarkt, der einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten skeptisch gegenübersteht, doch dürfte das kaum zu grundlegenden Veränderungen in naher Zukunft kommen.

Der komplizierteste Fall ist *Frankreich*. Lange ist dort die Sozialistische Partei (SFIO) im Vordergrund des Kampfes gegen das Vordringen des Kommunismus gestanden. De Gaulle hat hier insofern eine Änderung erzwungen, als seine Wahlgesetze den Gegnern seines Regimes kaum eine andere Möglichkeit liessen, als sich irgendwie zusammenzuschliessen. So kam es zu den Abmachungen zwischen der (inzwischen aufgelösten) Föderation der Linken, in dem die SFIO der stärkste Faktor war, und den Kommunisten, denen zufolge im zweiten Wahlgang der schwächere der beiden Kandidaten zugunsten des stärkeren zurücktrat. In der eisernen Disziplin, die bei den Kommunisten üblich ist, haben so manchmal die Kommunisten für die Wahl eines Sozialdemokraten gestimmt. Es war weit schwerer und weniger erfolgreich, sozialdemokratische Wähler dazu zu bringen, dass sie zum Ausgleich da und dort für kommunistische Kandidaten stimmen. Bei den Präsidentenwahlen 1965 wurde Mitterand als Gegenkandidat gegen de Gaulle sowohl von den Sozialdemokraten als auch den Kommunisten portiert. Darüber hinaus gab es eine unausgesetzte Diskussion zwischen SFIO und Kommunisten über theoretische und taktische Probleme, wobei die Sozialdemokraten ihren Gesprächspartnern auf den Zahn fühlen wollten, ob sie echte Abstriche von ihrem extremen Stalinismus gemacht hatten.

Die SFIO entsandte auch Abordnungen nach Prag (1965) und nach Bukarest (1967) unter Führung Guy Mollets. In Prag gab es Verhandlungen mit Novotny und dessen Repräsentanten, die kaum zu etwas führen konnten. Ceausescu in Bukarest, der den französischen Gästen einen überwältigenden Empfang bereitete, besteht sicher Moskau gegenüber auf Unabhängigkeit, aber sein internes Regime ist von jeder Liberalisierung weit entfernt. Es lässt sich also kaum sagen, dass die französischen Sozialisten ihr Ziel, eine Auflockerung im kommunistischen Lager zu erreichen, verwirklichen konnten.

Gerade die Erfahrungen der französischen Sozialisten auf diesem Gebiet haben aber die Sozialistische Internationale bestimmt, auf ihrer Generalratstagung in *Zürich* im Oktober 1967 die Einsetzung einer Kommission zu beschliessen, die die Veränderungen im kommunistischen Lager studieren und Vorschläge machen sollte. Die französische Seite des Problems ist jedoch inzwischen in Wegfall gekommen. War noch bei den Parlamentswahlen 1968 die Möglichkeit eines gemeinsamen Programms von Sozialdemokraten und Kommunisten für eine Regierung nach dem Sturz de Gaulles im Vordergrund der Erörterungen, hat die Besetzung der Tschechoslowakei jeder sozialdemokratisch-kommunistischen Zusammenarbeit in Frankreich ein Ende gemacht. Die französischen Kommunisten haben zwar in der ersten Aufwallung diesen Schritt Moskaus vorsichtig verurteilt, sich aber dann mit den Folgen der Besetzung abgefunden und ihre Kritik daran eingestellt. (Auch beim kommunistischen Weltkongress in Moskau im Juni 1969 haben sie das Thema nicht berührt, was einem Wunsch der sowjetischen Kommunisten entsprach.) Die französischen Sozialisten haben Moskaus Gewaltstreich gegen Prag eindeutig verurteilt und haben alle Beziehungen zu den französischen Kommunisten abgebrochen. Sie haben bei den Präsidentenwahlen am 1. Juni 1969 eine bittere Niederlage einstecken müssen, aber diese wäre durch eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht vermieden worden.

Am Kongress in Eastbourne legte die in Zürich bestellte Kommission ihren von *Karl Czernetz* (Österreich) ausgearbeiteten schriftlichen Bericht vor, der durch eine grossangelegte Rede Czernetz', der 50 Jahre kommunistischer Politik Revue passieren liess, wirksam ergänzt wurde. Die Schlussfolgerung des schriftlichen wie des mündlichen Berichts Czernetz' war, dass die Sozialistische Internationale ihren Standpunkt zum Kommunismus nicht zu revidieren brauche. «Trotz allen Drehungen und Wendungen bestehen die Unterschiede (zwischen Sozialisten und Kommunisten) nach wie vor, da sie nicht einfach Fragen der Taktik sind. Der Unterschied liegt in der Tatsache begründet, dass das Eintreten für die Demokratie für die Kommunisten nur eine Frage der Taktik ist, während es für demokratische Sozialisten eine Sache des Prinzips ist.»

Die anschliessende Debatte war nur kurz, da offenbar die meisten mit Czernetz' Bericht übereinstimmten. *Herbert Wehner* (Deutschland) unter-

stützte Czernetz mit einigen zusätzlichen Argumenten. Durch die Entwicklung neuer Spielarten des Kommunismus seien neue Konflikte entstanden. Die Unduldsamkeit der Kommunisten gegenüber anderen politischen Meinungen bestehe jedoch unverändert weiter. Der Vertreter der japanischen Sozialistischen Partei sagte einen einzigen Satz: seine Partei distanziere sich von der vorgelegten Resolution. Er fand es nicht nötig, seinen Standpunkt zu begründen. Der Vertreter der finnischen Partei sagte, diese halte ihre Kontakte nach Moskau für nützlich; sie werde sich der Stimme enthalten. *Vilem Bernard* von der tschechoslowakischen Exilpartei machte interessante Angaben über den vorjährigen Versuch, eine sozialdemokratische Partei im Lande aufzurichten. Trotz allen Hindernissen habe es binnen kurzem mehr als 500 lokale Organisationen gegeben.

Auf Antrag Czernetz' wurde dann folgende richtungweisende Deklaration beschlossen:

«Der Kongress bestätigt seine Haltung gegenüber dem Kommunismus, wie sie in der Deklaration der Sozialistischen Internationale von 1951 über die ‚Ziele und Aufgaben des Demokratischen Sozialismus' und der Deklaration von 1962 ‚Die heutige Welt: Die sozialistische Zielsetzung' ausgedrückt wurde.

Die Moskauer Konferenz der kommunistischen Parteien des Jahres 1969 hat wieder bestätigt, dass das kommunistische Lager selbst vielfach gespalten ist und bis in seine Wurzeln durch schwere Auseinandersetzungen erschüttert ist. Es gibt jetzt kein gemeinsames Konzept des Kommunismus.

Durch die in vielen Ländern gemachte Erfahrung kommt der Kongress zu folgenden Schlüssen:

1. Die Schaffung von weiteren neuen Spielarten kommunistischer Parteien hat zu neuen Konflikten innerhalb des kommunistischen Lagers geführt; demnach bleibt — trotz allen ihren Zwistigkeiten — ein Faktor unverändert: die Intoleranz der kommunistischen Parteien jenen gegenüber, die nicht einer Meinung mit ihnen sind und ihr Anspruch darauf, dass ihre eigene totalitäre Ideologie die einzig gültige Sozialphilosophie ist.

2. Dort, wo kommunistische Parteien in der Opposition sind oder unterdrückt werden, verlangen sie Unterstützung von demokratischen Parteien, Organisationen und Personen, aber sie sind nicht bereit, sich so zu verhalten, wenn sie selbst an der Macht sind.

3. Kommunistische Parteien haben im allgemeinen, wenn sie Aktionsgemeinschaft mit sozialdemokratischen Parteien suchen, als erstes Ziel eine kommunistische Parteihegemonie und eine Ein-Partei-Herrschaft vor.

4. Der Zweck der kommunistischen Spielart der Volksfront ist es, die Teilnahme der demokratischen Kräfte auszunützen, um sie als unabhängige Faktoren auszuschalten.

5. Kommunistische Parteien verpflichten ihre Mitglieder, in den Gewerkschaften und anderen Organisationen aktiv zu sein, aber nicht um die

Ziele dieser Organisationen zu erreichen, sondern um sie den kommunistischen Zielsetzungen zu unterwerfen.

6. Kommunisten erfreuen sich in parlamentarischen Demokratien — ob in Opposition oder als Regierungspartner — gleicher Rechte gegenüber anderen Parteien; in der Regel jedoch sind sie bemüht, diese Rechte dazu zu benützen, um die anderen politischen Parteien zu schwächen oder zu zerstören.

7. Die sowjetischen Führer betrachten die nationale Souveränität von unter kommunistischer Herrschaft stehenden Ländern als begrenzt; ihrer Doktrin zufolge haben sie das Recht zur Intervention, auch durch militärische Massnahmen. Diese Doktrin sowie ihre Anwendung stehen in Widerspruch zur UNO-Charta.

8. Solange kommunistische Parteien in politischer, moralischer oder materieller Hinsicht von einem der internationalen kommunistischen Zentren abhängen, ist es ihnen unmöglich, eine echte unabhängige nationale Politik zu betreiben.

9. Das kommunistische Lager wird von verschiedenen Strömungen aufgewühlt, die dem totalitären und bürokratischen Kommunismus gegenüber stehen. Es gibt in verschiedenen kommunistischen Parteien Versuche, eine unabhängigere nationale Politik zu erreichen, und in Ländern unter kommunistischer Kontrolle kann man die Tendenzen feststellen, das kommunistische diktatorische Regime zu mildern und zu reformieren. Diesen Prozess hat die jugoslawische Kommunistische Partei eingeleitet, als sie ihre Unabhängigkeit von beiden internationalen kommunistischen Zentren unter Beweis stellte.

10. Diese Entwicklung und Tendenzen werden von der totalitären kommunistischen Bürokratie als «revisionistisch» verunglimpft. Obwohl diese Tendenzen 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei durch die totalitäre kommunistische Macht unterdrückt und verfolgt wurden, sind sie noch wach und bleiben ein Ausdruck des unbezähmbaren Sehnens der Menschen nach Freiheit und Unabhängigkeit innerhalb des kommunistischen Lagers. In einem höheren Sinn repräsentieren diese Entwicklungen und Bewegungen in kommunistischen Ländern und Parteien die Verteidigung der menschlichen Individualität, die vom kommunistischen Totalitarismus unterdrückt wird.

Der Kongress betont, dass Länder, die sich einer demokratischen Verfassung erfreuen, es nicht versäumen dürfen, die Verfassung gegen Missbrauch zu schützen. Auch die Kommunisten müssen die Regeln der Demokratie beachten.

Die absolute Herrschaft einer kommunistischen Partei hat noch nie zur Demokratie geführt. Wo militärische und faschistische Diktaturen politische Parteien unterdrückt haben, haben die kommunistischen Kräfte den antifaschistischen Kampf für ihre eigenen Zwecke benützt.

Demokratische Sozialisten kennen die Schwächen und Mängel einer rein

politischen Demokratie. Demokratische Sozialisten möchten deshalb die politische Demokratie durch neue Formen der wirtschaftlichen und industriellen Demokratie vervollständigen, um die soziale Demokratie zu erreichen. Aber die Demokratie selbst, sowohl wie die Freiheit, haben ihre eigenen Werte.

Der Gang der politischen Ereignisse und die Entwicklung in den kommunistischen Staaten und Parteien haben die Richtigkeit und Unangreifbarkeit der Prinzipien der Sozialistischen Internationale und ihrer sozialdemokratischen Mitgliedparteien bewiesen. Sozialisten waren und sind für den Weg der Demokratie, für demokratische Grundsätze und demokratische Methoden. Ihr Ziel ist die Erreichung einer Gesellschaftsordnung, in der vollständige soziale Demokratie herrscht. Es kann *keinen Sozialismus ohne Demokratie* und *keine Demokratie ohne Freiheit* geben.»

Das Verhältnis der Sozialdemokraten zum Kommunismus bleibt also unverändert.

Profile der Weltpolitik

Spaniens Diktator hat einen Erben eingesetzt

Eigentlich seien Monarchien keineswegs staatliche Ordnungssysteme konservativer Prägung, sagte der Führer und Staatschef Franco in seiner Rede vom 22. Juli 1969 vor der Ständekammer in Madrid. Er verwies auf die nordischen Staaten in Europa, um gleich darauf einschränkend zu bemerken, Spanien habe natürlich keine fremden Beispiele nötig, denn in Spanien sei die Monarchie fest in der Tradition der katholischen Könige gegründet. Die katholischen Könige haben bekanntlich im 15. Jahrhundert Kastilien und Aragonien vereinigt, das arabische Königreich Granada besiegt, später die Juden des Landes verwiesen und als Symbol jene Kombination von Joch und Pfeilen erkoren, die in den dreissiger Jahren von der faschistisch orientierten Falange wieder als Emblem verwendet, heute als Wahrzeichen des Regimes an jedem Ortseingang des Landes zu sehen ist.

Aber eigentlich ging es weder in dieser Rede noch im Zeremoniell der Proklamation, ja nicht einmal in der am darauffolgenden Tag verlesenen Rede des neu ernannten Prinzen von Spanien so sehr um die Monarchie, als um die Erhaltung der von Franco begründeten ständischen Staatsordnung. Mehrmals wurde die Begründung dieses Systems am 18. Juli 1936 und ständig auf die Grundsätze der Nationalen Bewegung verwiesen, auf die der neue Kronprinz und Nachfolger des Führers seinen Eid leistete. Die Rede Francos war eine erklärte Kampfansage an die Republik, gegen die er ja an diesem 18. Juli mit seinen mitverschworenen Generalskollegen den Bürgerkrieg der dreissiger Jahre begonnen hatte, und bezog sich auf